



**FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG** Für die Freiheit.

ISRAELS KRIEG IN GAZA VERSTEHEN

Raz Krauss Peer

ANALYSE

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

 /freiheit.org

 /FriedrichNaumannStiftungFreiheit

 /FNFreiheit

Autor

Raz Krauss Peer,
Projektmanager und politischer Analyst,
Israel und Palästinensische Gebiete
der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit in Jerusalem

Redaktion

Kristof Kleemann,
Projektleiter, Israel und Palästinensische Gebiete
der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit in Jerusalem

Teresa Widlok,
Leiterin Abteilung Globale Themen,
Fachbereich Wissenschaft und Politische Strategie,
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

November 2023

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Inhalt

1. GAZA UND DER KONFLIKT BIS ZUM 7. OKTOBER	4
1.1. Palästinenser – Keine Partner für den Frieden?	4
1.2. Die wachsende Bedrohung durch die Hamas	4
1.3. Politische Proteste und Israels dunkelste Stunde	5
2. ISRAELS REAKTION, SEINE ZIELE UND OPTIONEN FÜR DIE ZEIT NACH DEM KRIEG	6
2.1. Die Rückkehr der existenziellen Bedrohung für Israel	6
2.2. Zwei widersprüchliche Ziele?	6
2.3. Mögliche Optionen für die Nachkriegszeit in Gaza	7
2.4. „Gemeinsam Gewinnen, Später Diskutieren“	7
3. BETRACHTUNGEN ZU LIBERALEN ANSÄTZEN UND INTERNATIONALER UNTERSTÜTZUNG	8
3.1. Warum ist Netanyahu immer noch an der Macht?	8
3.2. Ein sicheres Israel ist ein gezügeltes Israel	8
3.3. Die Rolle der internationalen Gemeinschaft	9
3.4. Gestaltung der Realität im Nachkriegs-Gaza	9

1. Gaza und der Konflikt bis zum 7. Oktober

Der israelisch-palästinensische Konflikt ist der wohl komplizierteste internationale Konflikt der Welt, und obwohl im Laufe der Jahre viele ernsthafte Versuche zu seiner Lösung unternommen wurden, hat sich nur sehr wenig geändert. Vor diesem Krieg hielten die meisten Menschen in Israel eine Zwei-Staaten-Lösung zwar für wünschenswert, doch eigentlich nicht möglich. Das könnte die Erklärung dafür sein, warum laut Umfragen die Unterstützung der Bevölkerung in Israel für eine Zwei-Staaten-Lösung immer weiter abnimmt. Die Menschen in Israel haben einfach kein großes Vertrauen mehr in Lösungen, die auf Dialog setzen.

1.1. Palästinenser – Keine Partner für den Frieden?

Dies wird in der Regel dem israelischen Narrativ zugeschrieben, dass es auf der palästinensischen Seite keinen Partner für eine Friedenslösung gibt. Dieses „Kein-Partner“-Narrativ wurde im Jahr 2000 vom ehemaligen Premierminister Barak geprägt, nachdem ein Friedensabkommen gescheitert war. Barak war seinerzeit der führende Kopf des israelischen Friedenslagers, doch seine Erklärung ist im Laufe der Jahre zu einem Symbol für den Wandel in der israelischen Gesellschaft geworden, nämlich vom Friedensgedanken hin zur Sicherheitsorientierung, und von Vertrauensbildung mit den Palästinensern hin zu einseitigen israelischen Schritten zur „Lösung“ des Konflikts.

Der Rückzug aus Gaza im Jahr 2005 ist ein Beispiel dafür. Premierminister Sharon leitete einen vollständigen israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen ein und zog die israelischen Streitkräfte (Israel Defense Forces, IDF) komplett ab, nachdem er alle israelischen Siedler zur Räumung veranlasst und den gesamten Gazastreifen an die Palästinensische Autonomiebehörde übergeben hatte. Sharon begründete diesen Schritt damit, dass dadurch die Grenzkontrollen verbessert und die Sicherheitsausgaben gesenkt würden, gleichzeitig gab er vielen Israelis die Hoffnung, dass Frieden sich auch ohne einen ernsthaften palästinensischen Partner erreichen ließe. Viele hegten die Erwartung, dass ein freies Gaza sich zu einer Art Singapur des Nahen Ostens entwickeln werde.

Allerdings währten diese Hoffnungen nicht allzu lange, da die fundamentalistisch-islamistische Terrororganisation Hamas 2006 als Gewinner aus den Wahlen in Gaza hervorging. Im darauffolgenden Jahr übernahm die Hamas vollständig die Macht, demontierte das fragile vorhandene demokratische System und ließ politische Rivalen und Dissidenten hinrichten. In dieser Zeit entführte die Hamas zudem einen IDF-Soldaten in den Gazastreifen, woraufhin die israelische Armee eine Belagerung des Gazastreifens durchführte. Seitdem gab es im Laufe der Jahre zahlreiche israelische Militäroperationen im Gazastreifen.

Während der vergangenen 18 Jahre hat es eine anhaltende Debatte gegeben, die zu erklären versucht, warum der Rückzug aus dem Gazastreifen gescheitert ist und die Hamas die Macht übernommen hat. Viele im schwindenden israelischen Friedenslager werfen Sharon vor, die Palästinensische Autonomiebehörde nicht in den Prozess einbezogen und einseitig gehandelt zu haben und damit diejenigen in der Palästinensischen Autonomiebehörde geschwächt zu haben, die sich für gewaltlosen Widerstand einsetzten. Andere wiederum argumentieren, dass die Palästinensische Autonomiebehörde ohne die Unterstützung der israelischen Streitkräfte nicht imstande gewesen wäre, die Kontrolle zu behalten und den Aufstieg der Hamas zu verhindern. Unabhängig von den Gründen für das Scheitern des Abkommens wird der Gazastreifen von der politischen Rechten Israels als Warnung vor den Folgen eines eventuellen Abkommens für das Westjordanland benutzt, wodurch das Friedenslager weiter schrumpft.

1.2. Die wachsende Bedrohung durch die Hamas

Es gibt einige, die in der Hamas eine Chance sahen und nicht nur eine Bedrohung. Aber im Gegensatz zur Palästinensischen Autonomiebehörde genießt die Hamas keine internationale Legitimität und Unterstützung. Als fundamentalistisch-islamistische Terrororganisation, die sich der Zerstörung Israels verschrieben hat, konnte man mit ihr nicht verhandeln, denn sie war schon von ihrer eigenen Definition her „kein Partner für den Frieden“. Jahrelang hat die israelische Rechte unter der Führung von Netanjahu die wachsende Stärke und Unterstützung der Hamas auf Kosten der Palästinensischen Autonomiebehörde genutzt, um zu erklären, warum sie Friedensgespräche vermeidet, und um die israelische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass Frieden nicht möglich und Sicherheit das Beste sei, das man erreichen könne.

Bis zu dem Terroranschlag vom 7. Oktober im Süden Israels haben viele in Israel den israelisch-palästinensischen Konflikt als unabänderliche Realität hingenommen. **Die meisten Israelis verurteilen die Besatzung, betrachten sie jedoch auch als ein notwendiges Übel, ohne welches ihre Sicherheit nicht gewährleistet werden kann.** Während die israelische Linke jahrelang keinen überzeugenden diplomatischen Plan zum Umgang mit den Palästinensern aufzeigen konnte, haben die israelischen Rechten „etwas geboten“. Mit einer Kombination aus hohen Mauern, technologischer Innovation und einer überwältigenden Militärpräsenz haben sie den Israelis ein relativ sicheres Leben verschafft.

Angesichts der wachsenden Bedrohung durch die Hamas im Gazastreifen haben immer mehr Israelis die Besetzung des Westjordanlandes als kleineres und notwendiges Übel betrachtet. Doch auch die Bedrohung durch die Hamas schien eingedämmt. Dank des Iron-Dome-Systems, das die meisten Raketenangriffe abfängt, und des Zauns, der die Einschleusung nach Israel verhindert, ist auch die Hamas zu einer unveränderlichen Realität geworden. Regelmäßige Raketensalven auf Israel, gefolgt von gewaltsamen Zusammenstößen im Gazastreifen, wurden zur Regel, doch „kein Partner“ auf der palästinensischen Seite führte dazu, dass sich die Israelis mit dem Argument der Sicherheit zufriedengaben.

Das alles änderte sich am 7. Oktober, als die Hamas einen massiven, koordinierten Angriff startete, bei dem Tausende von bewaffneten Terroristen die israelischen Verteidigungsanlagen durchbrachen, die an die Grenze angrenzenden Städte und Dörfer in Israel überfielen, wo sie Männer, Frauen und Kinder töteten, ihre Häuser niederbrannten und Hunderte in den Gazastreifen verschleppten. Das Ausmaß und die Brutalität des Angriffs haben die israelische Gesellschaft zutiefst erschüttert, da sie erkannt hat, dass ebenso wie die Linke dabei versagt hat, ihnen Frieden zu bringen, die Rechte dabei gescheitert ist, Sicherheit durch Stärke zu schaffen. Die Hamas hatte sich weder besänftigen lassen, noch konnte sie eingedämmt werden.

1.3. Politische Proteste und Israels dunkelste Stunde

Die Anschläge vom 7. Oktober haben die israelische Gesellschaft zu einem Zeitpunkt getroffen, als sie sich ohnehin bereits in unruhigen Zeiten befand. Seit die Knesset, das israelische Parlament, im November 2018 aufgelöst wurde, steckt Israel quasi in einem [Dauerzyklus von vorzeitigen Neuwahlen](#) fest. Der letzte Wahlgang im November 2022 führte dazu, dass Netanjahu trotz der starken Stimmung in der Bevölkerung und der Bemühungen des politischen Blocks gegen ihn wieder zurück ins Amt gelangte.

Da er von allen gemäßigten Kräften in der israelischen Politik boykottiert wurde, sah sich Netanjahu gezwungen, eine Koalition mit der israelischen extremen Rechten und den ultraorthodoxen Verbündeten einzugehen. Die neue Regierung schloss die extreme Rechte nicht nur ein, sondern war auf sie angewiesen, um im Amt zu bleiben, da sie nur über eine knappe Mehrheit verfügte. Dadurch konnten viele politische Kräfte, die zuvor am Rande der israelischen Politik standen, an die Spitze rücken und eine Politik vorantreiben, die bis vor kurzem noch undenkbar schien.

Am folgenschwersten ist der [Plan der Regierung zur Neuordnung des Justizwesens](#). Kurz nach der Bildung der neuen Regierung brachte diese ein Gesetzespaket zur Reform des israelischen Justizsystems auf den Weg, das darauf abzielt, die Judikative in ihrer Kontrollfunktion zu schwächen. Die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Umstrukturierung des Justizwesens ließ nicht lange auf sich warten: Massive Proteste füllten die Straßen, und im ganzen Land wurden häufig Verkehrswege blockiert. Die Proteste haben der Regierung eine rote Linie deutlich gemacht: Die Regeln der israelischen Demokratie müssen beachtet werden.

Auf dem Höhepunkt der Proteste, im März, äußerte Verteidigungsminister Gallant seine Besorgnis über einen wachsenden Protesttrend von IDF-Reservesoldaten und Freiwilligen, die öffentlich erklärten, nicht unter einer Pseudodemokratie dienen zu wollen. Aufgrund dieses ungewöhnlichen Ultimatums sah sich die Regierung gezwungen, das Gesetzgebungsvorhaben zu verschieben und Kompromissgespräche mit der Opposition aufzunehmen. Diese Gespräche brachten nicht viele Ergebnisse, und vor dem Hintergrund von Gerüchten über einen möglichen Bürgerkrieg ging die Regierung wieder dazu über, Änderungen im israelischen Rechtssystem voranzutreiben, woraufhin die Proteste wieder mit voller Intensität einsetzten.

Am 4. Oktober, drei Tage vor dem Hamas-Anschlag, war noch unklar, ob der Druck auf die Regierung die Justizreform stoppen würde, doch innerhalb eines Augenblicks sollte sich alles ändern. **Innerhalb weniger schrecklicher Stunden, während das Ausmaß der Tragödie noch unklar war, wurden die Angriffe der Hamas aus dem Gazastreifen von einer unabänderlichen zu einer unerträglichen Realität.**

2. Israels Reaktion, seine Ziele und Optionen für die Zeit nach dem Krieg

2.1. Die Rückkehr der existenziellen Bedrohung für Israel

Die ersten Tage nach dem Angriff waren sehr chaotisch. Es war unklar, welches Ausmaß der Angriff hatte, wie viele Menschen getötet wurden, wie viele entführt wurden – und vor allem, wer sich womöglich noch beteiligen könnte. Während die Hamas vom Gazastreifen aus angriffen, könnte die Hisbollah vom Libanon aus dazu stoßen. Auch im Westjordanland könnte sich der Konflikt entfachen, wie bei früheren Zusammenstößen mit Gaza. Das letzte Mal, dass Israel in einen Krieg an mehreren Fronten verwickelt war, ist 50 Jahre her. Damals wie heute erfolgte der Angriff auf Israel an einem Feiertag, und das Land wurde davon völlig überrascht. Der Jom-Kippur-Krieg von 1973 ist im nationalen Gedächtnis Israels als Tragödie verankert, obschon Israel den Krieg gewonnen hat. Es war auch deshalb ein starkes nationales Trauma, weil alle Anzeichen für einen Krieg vorhanden waren, doch die Führung hatte sie ignoriert.

Der Jom-Kippur-Krieg war zugleich der letzte Krieg, in dem ein Sieg eigentlich die Niederlage Israels bedeutete, und es war das letzte Mal, dass die israelische Bevölkerung das Gefühl hatte, einer akuten existenziellen Bedrohung ausgesetzt zu sein. Die Hamas hat trotz ihres erklärten Ziels, Israel zu zerstören, zu keinem Zeitpunkt eine Bedrohung für die Existenz Israels dargestellt. Raketen konnten abgefangen und Tunnel zum Einsturz gebracht werden und Eindringlinge wurden gefangen genommen. Israel konnte einen Waffenstillstand erreichen und sich auf den nächsten Angriff vorbereiten. In Israel hätte man sich niemals vorstellen können, dass es heute zu einer derartigen regelrechten Invasion kommen könnte.

In vielerlei Hinsicht ist die israelische Gesellschaft am 7. Oktober in der Zeit zurückgereist. Der ständige Strom von Bildern aus ihren Häusern verschleppter und abgeschlachteter Juden weckte nationale Erinnerungen an Zeiten, in denen die jüdische Gemeinschaft weder eine starke Armee noch einen Staat hatte. Zuerst schien es, als wären die Armee und die Regierung nirgendwo zu finden. Viele Israelis sprangen ein, um das entstandene Vakuum zu füllen, indem sie mit alter Ausrüstung selbständig kämpften oder in den Süden fuhren, um Überlebende zu retten, bis Verstärkung eintraf.

Nach ein paar Tagen sprang Israel in das Jahr 1973 zurück, in eine Zeit, in der es zwar eine Armee und einen Staat hatte, aber ständig kämpfen und siegen musste, um überleben zu können. Diese neue alte Realität hat viele der aktuellen internen Diskussionen überflüssig gemacht, da sich in der israelischen Gesellschaft ein Gefühl der Schicksalsgemeinschaft und Solidarität eingestellt hat. Alte Spaltungen wurden überwunden, Demonstranten drohten nicht mehr mit der Ver-

weigerung des Militärdienstes, und der Gesetzgeber hat alle nicht dringenden Gesetze auf Eis gelegt. Selbst Oppositionsparteien, die Netanjahu jahrelang boykottiert hatten, boten ihre Unterstützung an, und einige, wie Benny Gantz, erklärten sich sogar bereit, vorübergehend in eine parteiübergreifende Notstandsregierung einzutreten.

Im Gegensatz zu dem scheinbar zerbrechlichen Israel der letzten Monate, das viele am Rande eines Bürgerkriegs wädhnten, scheint das heutige Israel in seinen Zielen geeint und entschlossen, die Hamas zu besiegen. **Angesichts eines drohenden Krieges an mehreren Fronten und der zunehmenden antisemitischen Angriffe in der ganzen Welt haben die meisten Israelis das Gefühl, keine andere Wahl zu haben, als sich zusammenzutun, zu kämpfen und zu gewinnen.**

2.2. Zwei widersprüchliche Ziele?

Wie sieht Gewinnen aus? Die große Mehrheit in Israel ist sich über zwei klare Kriegsziele einig: Die Zerstörung der Hamas und die Freilassung der israelischen Geiseln. Allerdings gibt es eine deutliche Kluft zwischen denjenigen, die Ersterem den Vorrang geben, und denjenigen, die Letzteres favorisieren. Die Zerschlagung der Hamas wird von vielen als das absolute Minimum angesehen, das Israel erreichen muss, um die von vielen als existenzielle Bedrohung empfundene Situation zu beseitigen. Ohne dieses Ziel zu erreichen, glauben viele, dass der Süden Israels niemals wirklich sicher sein wird. Nach Ansicht vieler anderer ist die Freilassung der Geiseln ebenso wichtig, wenn nicht gar noch wichtiger. Eine moralische Verpflichtung in Form einer gesellschaftlichen Übereinkunft, die für das Überleben Israels unerlässlich ist. Seit dem 7. Oktober haben viele Familienangehörige israelischer Geiseln in Tel Aviv ein Lager auf dem mittlerweile „Hostages Square“ [„Geisel-Platz“] genannten Gelände aufgeschlagen, das zum Zentrum der Proteste gegen die Geiselnahme geworden ist.

Da in den letzten Tagen die Freilassung mehrerer Geiseln erreicht wurde, müssen viele Israelis nun schmerzlich feststellen, dass die beiden Ziele in gewisser Weise widersprüchlich sind. Jede Freilassung von Geiseln durch die Hamas setzt drei Dinge voraus: Einen vorübergehenden Waffenstillstand, der es der Hamas ermöglichen würde, sich neu zu formieren, die Lieferung von Treibstoff und anderen Ressourcen in den Gazastreifen sowie die Freilassung von Hamas-Terroristen aus israelischen Gefängnissen. Jede dieser Maßnahmen würde die Operationen der israelischen Streitkräfte im Gazastreifen in die Länge ziehen und weiter erschweren. Andererseits hat Israel indes keine Kenntnis darüber, wo genau die Geiseln im Gazastreifen festgehalten werden. Mit der Fortsetzung der Kämpfe und der Ausweitung auf Verstecke und Hochburgen der Hamas steigt auch das Risiko, dass weitere israelische Geiseln getötet werden.

Es liegt auf der Hand, dass die Verwirklichung eines dieser beiden Ziele nur möglich ist, wenn man das andere riskiert. Diese unbequeme Wahrheit droht das gerade erst geeinte Israel erneut zu zerreißen, da Israel ein Abkommen zur teilweisen Freilassung von Geiseln erreichen konnte. Um Kritik entgegenzutreten, beharrt die israelische Regierung darauf, dass die derzeitige Geiselfreiung die Kriegsanstrengungen in keiner Weise beeinträchtigen wird. Einige meinen sogar, dass die Hamas mit fortschreitendem Krieg immer verzweifelter werden dürfte und daher weitere Vereinbarungen zum Austausch von Geiseln vorgeschlagen wird. In Verbindung mit den voraussichtlich noch zunehmenden Protesten in Israel, welche sich für die Freilassung aller Geiseln einsetzen, müsste dies den Druck auf die israelische Regierung erhöhen. Es wird immer schwieriger werden, künftige Abkommen zu vermeiden, und Israel wird sich schließlich gezwungen sehen, eine klare Entscheidung zu treffen: entweder ein Geiselauskommen abzulehnen oder den Kriegsanstrengungen zu schaden.

2.3. Mögliche Optionen für die Nachkriegszeit in Gaza

Die beiden Kriegsziele sind nicht die einzige Bedrohung für Israels neu gefundene Solidarität. Es gibt eine Reihe ganz unterschiedlicher Ideen, was nach dem Krieg mit dem Gazastreifen und der Hamas geschehen soll. In Israel ist man sich über die Zerschlagung der Hamas weitgehend einig, aber was bedeutet es, die Hamas zu „zerschlagen“? Anders als bei früheren Zusammenstößen zwischen Israel und der Hamas gilt diesmal die Beseitigung ihrer militärischen Fähigkeiten nicht als ausreichend. Die große Mehrheit der israelischen Bevölkerung sieht in der Entmachtung der Hamas die Mindestvoraussetzung für die Beendigung des Krieges.

Dies wirft eine wichtige Frage auf: Wenn die Hamas entmachtet wird, wer wird dann in das entstandene Vakuum nachrücken? Skeptiker der israelischen Offensive im Gazastreifen argumentieren, dass eine gewaltsame Beseitigung der Hamas nicht möglich und ein Waffenstillstandsabkommen mit der Terrororganisation unumgänglich sei. Für Israel ist das schlichtweg keine Option. Die Hamas lehnt jedwede Form von Verhandlungen ab und bekundet unmissverständlich ihre Absicht, jeden Waffenstillstand zu nutzen, um sich neu zu formieren und erneut zuzuschlagen.

Yair Lapid, der israelische Oppositionsführer, hat erklärt, der Gazastreifen solle nach der Niederlage der Hamas an die Palästinensische Autonomiebehörde zurückgegeben werden. Premierminister Netanjahu hingegen besteht darauf, dass Israel die Kontrolle über die Sicherheitslage im Gazastreifen behält. Der israelische Konsens dürfte irgendwo zwischen diesen beiden Aussagen liegen, doch gibt es keine eindeutige Lösung, die eine Mehrheit der Israelis akzeptieren würde.

Im Rahmen des Oslo-Friedensprozesses wurde das Westjordanland in drei Bereiche unterteilt: Zone A mit voller ziviler und Sicherheitskontrolle durch die Palästinensische Autonomiebehörde. Zone B, mit palästinensischer ziviler Kontrolle

und gemeinsamer israelisch-palästinensischer Sicherheitskontrolle. Zone C, mit vollständiger israelischer Zivil- und Sicherheitskontrolle. Eine mögliche Nachkriegsregelung für den Gazastreifen könnte sich wahrscheinlich an einer dieser drei Optionen orientieren oder eine Art Kombination aus den drei Optionen werden, ähnlich wie im Westjordanland.

2.4. „Gemeinsam Gewinnen, Später Diskutieren“

Bislang hat sich Premierminister Netanjahu sehr vage über die offiziell gewünschte Realität nach dem Krieg geäußert, um seine Verbündeten nicht zu verärgern. Dies wiederum hat die rechtsextremen Opportunisten in der Regierung dazu veranlasst, an ihre politische Basis zu appellieren und unfassbare Erklärungen über die Wiedererrichtung jüdischer Siedlungen im Gazastreifen, ein „zweites Nakba“ und sogar einen möglichen Atomangriff auf Gaza abzugeben. Dies hat Netanjahu zu der Klarstellung gezwungen, dass es keine Wiedererrichtung der 2005 geräumten jüdischen Siedlungen geben wird, ganz zu schweigen von den anderen schockierenden Vorschlägen.

Netanjahu hat offengelassen, wie er die beiden wichtigsten Kriegsziele Israels priorisieren will und welche Pläne er für den Gazastreifen hat. In beiden Bereichen kann er durch seine Unbestimmtheit vermeiden, die verschiedenen Fraktionen gegen sich aufzubringen, und bewahrt sich deren Unterstützung, bis eine Entscheidung ansteht. Diese strategische Ambivalenz scheint ein entscheidender Teil von Netanjahus „Gemeinsam Gewinnen, Später Diskutieren“-Strategie zu sein. Indem Netanyahu keine klare Meinung zu schwierigen Themen öffentlich äußert, schafft er es, mögliche Gegenreaktionen bis nach dem Krieg hinauszuzögern.

Die Strategie „Gemeinsam Gewinnen, Später Diskutieren“ hat einen klaren Vorteil. Noch kurz vor Kriegsbeginn war die Unterstützung für die Regierung so gering wie nie zuvor, und die israelische Gesellschaft wurde von innen zerrissen. Ein nationaler Konsens über die Zukunft des Gazastreifens wäre unmöglich gewesen. Indem sie sich nicht zur nationalen Strategie äußert, vermeidet die Regierung, eine der verschiedenen Gruppierungen zu enttäuschen, und motiviert sie noch mehr, für die von ihnen gewünschte Zukunft zu kämpfen.

Diese Strategie ermöglicht es der Regierung zwar, effizienter zu arbeiten und interne Auseinandersetzungen auf die Zeit nach dem Krieg zu verschieben, aber es gibt auch Anlass zur Sorge. Schließlich könnte „Später Diskutieren“ genauso gut „Zu spät zum Diskutieren“ bedeuten. Wenn die von der Regierung gewählte Strategie von einer Mehrheit der israelischen Bevölkerung abgelehnt wird, können diese nur rückwirkend Einwände dagegen geltend machen.

3. Betrachtungen zu liberalen Ansätzen und internationaler Unterstützung

3.1. Warum ist Netanyahu immer noch im Amt?

Auf den ersten Blick ist es schwer verständlich, warum die Israelis zulassen, dass diese Regierung den Krieg so unkontrolliert führen kann. Eigentlich scheint Netanjahu nicht der ideale Kandidat zu sein, um Israel durch diese Krise zu führen. Noch vor nicht allzu langer Zeit gingen Hunderttausende von Israelis auf die Straße und protestierten gegen seine Regierung, die sie als „eine Bedrohung für die israelische Demokratie“ bezeichneten.

Nach Beginn des Krieges forderten viele weiterhin, dass Netanjahu die Verantwortung übernehmen und zurücktreten solle. Und nicht nur das: Jahrelang hat sich Netanjahu für eine Stärkung der Hamas anstelle der Palästinensischen Autonomiebehörde eingesetzt und betont, sie stelle die geringere Bedrohung dar. Aber trotz alledem genießt seine Regierung die volle Unterstützung der Öffentlichkeit. **Warum also lässt sich die israelische Öffentlichkeit von einer undurchsichtigen Regierung führen, der sie nicht vertrauen kann? Der Grund dafür ist ganz einfach: Angst.** Die Israelis sind tatsächlich der Ansicht, dass die Lage so schlimm sei, dass sie keine andere Wahl haben, als Netanjahu zu unterstützen.

Diese Angst ist es, die Netanjahu an der Macht hält, sie ist es, die so viele Israelis veranlasst, eine Regierung zu unterstützen, der sie nicht vertrauen. Sie behalten ihre Kritik für sich – aber nur bis zum Kriegsende. Jüngste Umfrageergebnisse können Aufschluss darüber geben, worauf sich diese Kritik richten könnte. Nach allen jüngsten Umfragen würde Netanjahus Regierung mit aktuell 64 Parlamentssitzen voraussichtlich etwa ein Drittel ihrer Sitze verlieren und damit weit unter die 60 Sitze fallen, welche für die Bildung einer Koalition erforderlich sind. Während der Krieg weitergeht, unterstützt die israelische Öffentlichkeit weiterhin ihre Regierung, aber sobald der Krieg zu Ende ist, wird sie Antworten verlangen und fordern, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Dies scheint eine sinnvolle Strategie zu sein, da die Regierung dadurch die Chance erhält, sich zu rehabilitieren, und Israel komplizierte Wahlen inmitten des Krieges vermeiden kann.

Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung die Herausforderung annimmt oder die ihr gegebene Zeit dazu benutzt, um dieselbe Politik fortzusetzen, die sie vor dem Krieg so unbeliebt gemacht hat. Die Tatsache, dass die Regierung immer noch zögert, Koalitionsgelder für die Kriegsanstrengungen bereitzustellen, ist in dieser Hinsicht nicht sehr ermutigend.

3.2. Ein sicheres Israel ist ein gezügeltes Israel

Ermutigend ist die hohe Unterstützung, die Israel von westlichen Regierungen erhält. Diese Unterstützung ist von entscheidender Bedeutung, nicht nur für eine künftige Beilegung des gegenwärtigen Krieges, sondern auch, um Israels Vorgehen im

Gazastreifen und in der Region zu zügeln. Israel wird durch die erneute Angst vor seiner Zerstörung motiviert und glaubt, dass es sich nicht leisten kann, die von ihm wahrgenommenen existenziellen Bedrohungen nicht zu bekämpfen, koste es, was es wolle. **Die internationale Unterstützung durch Israels Verbündete könnte die israelischen Ängste besänftigen und Israel so zu einer Zurückhaltung bei seinen militärischen Aktionen motivieren, in einer Weise wie es keine Sanktion vermögen würde.**

Es stimmt, dass Präsident Bidens ikonische „Don’t“-Rede [„Tut das nicht“] als Drohung gewirkt hat, um die Hisbollah von einem Angriff auf Israel abzuhalten, aber sie hat auch dafür gesorgt, dass Israel die Hisbollah nicht angreifen wird. Der massive Angriff auf den Gazastreifen und das ehrgeizige Ziel, die Hamas zu zerschlagen, zeugen von der Entschlossenheit Israels, einer existenziellen Bedrohung zu begegnen. In dieser Hinsicht gibt es keinen großen Unterschied zwischen der Hisbollah und der Hamas.

Die Truppen der Hisbollah könnten einen Angriff wie den vom 7. Oktober ausführen, wenn der Iran sie dazu anweist, und Israel ist nicht geneigt zu warten, bis sie dies tun. Warum hat Israel die Hisbollah dann bislang nicht angegriffen? Manche werden vielleicht meinen, Israel versuche, einen Zweifrontenkrieg zu vermeiden. Da jedoch die Hälfte der israelischen Streitkräfte bereits die nördliche Grenze verteidigt, die Hisbollah im letzten Monat häufig angegriffen hat, und Zehntausende israelische Zivilisten aus dem nördlichen Teil des Landes vertrieben wurden, haben viele in Israel das Gefühl, dass man sich bereits in einem Zweifrontenkrieg befindet.

Ich würde sagen, dass es nicht die Angst vor einem Krieg ist, sondern vielmehr die amerikanische Unterstützung, welche die israelischen Ängste mindert und eine gemäßigte Politik begünstigt. Um das Ausmaß des menschlichen Leids in Gaza zu minimieren, sollte ein ähnlicher Ansatz verfolgt werden. Wenn Israel nicht das Gefühl hat, mit dem Rücken zur Wand zu stehen, wäre es viel einfacher, seine Gaza-Offensive einzudämmen und das Land nach dem Krieg an den Verhandlungstisch zu bringen.

Aus israelischer Sicht muss die Hamas von der Macht entfernt werden, aber die Meinungen über die Zukunft des Gazastreifens nach dem Krieg gehen auseinander. Viele bezweifeln, dass die Palästinensische Autonomiebehörde in der Lage oder willens ist, künftige Terroranschläge auf Israel zu verhindern, und einige würden sogar eine vollständige Wiederbesetzung des Gazastreifens vorziehen. Ein möglicher zukünftiger Kompromiss könnte eine Art internationale Truppe umfassen, welche die Präsenz der israelischen Armee im Gazastreifen ersetzen und die Sicherheitskontrolle für einige Zeit aufrechterhalten würde. Diese Option wird nur dann realisierbar sein, wenn Israel darauf vertrauen kann, dass die maß-

geblichen internationalen Akteure seinen Sicherheitsbedürfnissen Rechnung tragen.

3.3. Die Rolle der internationalen Gemeinschaft

Das bedeutet nicht, dass die Unterstützung des israelischen Krieges in Gaza uneingeschränkt sein sollte. Auch Verbündete sollten klare Grenzen ziehen, so wie es Ägypten tat, als es sich weigerte, palästinensische Flüchtlinge aufzunehmen. Ägypten hat einen Friedensvertrag mit Israel und war auch bei der Aufrechterhaltung der israelischen Blockade des Gazastreifens jahrelang sehr kooperativ, doch als die Flüchtlinge begannen, die Grenze zu überschreiten, stellte Ägypten klar, dass es die Abschiebung von Palästinensern nach Ägypten als das Überschreiten einer roten Linie betrachtet.

Die Bedeutung klarer roter Linien liegt darin, dass sie den verschiedenen Akteuren helfen zu verstehen, wie wichtig die verschiedenen Aspekte dieses Konflikts jeweils für die anderen Beteiligten sind. Israel wird darauf bestehen, dass die Hamas entmachtet wird, und Ägypten wird darauf bestehen, dass palästinensische Flüchtlinge nicht nach Ägypten gelangen. Indem Israel und Ägypten diese roten Linien richtig definieren, können sie einen Zusammenstoß vermeiden. Können Sie sich vorstellen, dass Israel seine rote Linie als „keine Hamas-Anhänger in Gaza“ definiert? In diesem Fall würden die beiden aufeinanderprallen.

Natürlich gibt es aus liberaler politischer Sicht einige rote Linien, die ebenfalls in Betracht gezogen werden sollten, aber man muss sie sehr sorgfältig definieren. So sollte man beispielsweise darauf bestehen, dass Israel das humanitäre Völkerrecht einhält und dass die absichtliche und gezielte Tötung von Zivilisten die Überschreitung einer roten Linie markieren sollte. Indes verbirgt sich hinter dieser Aussage auch die unbequeme Wahrheit, dass der ungewollte Tod von Zivilisten keine liberale rote Linie sein kann. Es ist unmöglich, eine Terrororganisation zu besiegen, die sich gezielt in und unter dicht besiedelten Gebieten verschanzt hat, ohne dass dabei Zivilisten getötet werden. Das bedeutet, dass eine solche Forderung an Israel gleichbedeutend wäre mit der Forderung, dass Israel auf die Entmachtung der Hamas verzichtet. Mit anderen Worten, die roten Linien würden miteinander kollidieren. Wenn die liberale Welt die Politik Israels positiv beeinflussen möchte, sollte sie ihre roten Linien besser definieren.

Die Alternative bestünde darin, einen unerfüllbaren Standard zu setzen, der nur erreicht werden kann, wenn Israel seine beiden Kriegsziele aufgibt und sich bereit erklärt, weiterhin in Angst zu leben. Da Israel das nicht in Erwägung ziehen wird, würde es darauf hinauslaufen, Israel zum Scheitern zu verurteilen. Israel ist sehr darauf bedacht, die Zahl ziviler Opfer so gering wie möglich zu halten. Es alarmiert die Bewohner vor Luftangriffen und unterhält einen humanitären Korridor im Süden, wo humanitäre Hilfe in den Gazastreifen gelangen kann. Die Kämpfe um diese Gebiete werden durch direkte Angriffe der Hamas ausgelöst, deren Strategie es ist, die Zivilbevölkerung an der Flucht zu hindern. Dennoch ist Israel weltweit stark in der Kritik. **Wenn jeder Angriff**

ein Kriegsverbrechen und jeder Krieg ein Völkermord ist, wie unterscheidet sich dann diese verzerrte Version des humanitären Völkerrechts von einer plumpen Dämonisierung? Eine Ausweitung der Definition von Kriegsverbrechen, um einer politischen Agenda gerecht zu werden, ist falsch und könnte auch dem normativen Standard des humanitären Völkerrechts in der Zukunft zum Schaden gereichen.

3.4. Gestaltung der Realität im Nachkriegs-Gaza

Unabhängig von ethischen Erwägungen könnte sich eine Dämonisierung Israels und der israelischen Streitkräfte durch einige internationale Akteure letztlich als zweischneidiges Schwert erweisen. Nach dem Ende des Krieges wäre ein isoliertes Israel viel stärker motiviert, seine Sicherheitsbelange niemand anderem anzuvertrauen. Das würde bedeuten, dass Israel eine vollständige Sicherheitskontrolle des Gazastreifens anstrebt. Anders ausgedrückt: **Übermäßige internationale Kritik an Israel könnte die Wahrscheinlichkeit einer rechts-extremen Politik erhöhen und künftige diplomatische Bemühungen seitens gemäßigter Kräfte beeinträchtigen.**

Das gilt auch für internationale Aufrufe zu einem Waffenstillstand. Im Unterschied zu früheren Zusammenstößen im Gazastreifen sieht sich Israel dieses Mal gezwungen, die Hamas zu entmachten. Mit zunehmendem Druck auf einen Waffenstillstand wächst auch die Sorge in Israel, dass das Land gezwungen werden könnte, den Krieg zu beenden, bevor die Hamas besiegt ist. Dieser „Kriegszeitgeber“ könnte die israelischen Entscheidungsträger dazu veranlassen, ihren Feldzug im Gazastreifen zu beschleunigen und schnellen Optionen den Vorzug vor sichereren Alternativen zu geben.

In Anbetracht der katastrophalen humanitären Lage im Gazastreifen ist es sehr wichtig, zwischen Maßnahmen zu unterscheiden, die das menschliche Leid verringern können, und solchen, die es möglicherweise verlängern. Um zwischen den beiden zu unterscheiden, muss man zunächst die folgenden, ineinandergreifenden Fragen beantworten: Unterstützen Sie das Recht Israels, sich zu verteidigen, und halten Sie Israels Entscheidung, die Hamas zu entmachten, für gerechtfertigt? Wenn die Antwort Ja lautet, dann wird jeder Schritt, der die Niederlage der Hamas verzögert, auch den Krieg verlängern. So ist beispielsweise humanitäre Hilfe zwar unerlässlich, aber Treibstoff, der höchstwahrscheinlich von der Hamas beschlagnahmt würde, verlängert den Krieg und damit das Leiden der Bevölkerung im Gazastreifen.

Die internationale Gemeinschaft sollte die Bemühungen Israels unterstützen, die Hamas im Gazastreifen zu entmachten, und nicht den Akteuren in die Hände spielen, die versuchen, das humanitäre Völkerrecht als Waffe gegen Israel einzusetzen. Sie sollte allerdings auch klare Antworten auf die Frage nach den künftigen Plänen der israelischen Regierung für den Gazastreifen verlangen. Eine ablehnend gestimmte internationale Gemeinschaft wird Israels Krieg im Gazastreifen nicht stoppen, hingegen könnte eine aufgeschlossene internationale Gemeinschaft positiven Einfluss auf jedes künftige Abkommen nehmen.

Über den Autor



Raz Krauss Peer

ist ein israelischer politischer Analyst, der sich auf die israelische Innenpolitik konzentriert. Mit einem Hintergrund in internationalen Beziehungen und Politikwissenschaften von der Hebrew University und jahrelangem politischen Aktivismus hat Raz die letzten 10 Jahre damit verbracht, das politische Ökosystem Israels zu studieren.

Im Jahr 2020 wechselte Raz zum Jerusalemer Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung, wo er heute als Policy Advisor im FNF-Israel-Team tätig ist. Bevor er zur FNF kam, produzierte Raz politische Kommentare als Nachrichtenproduzent für NHK.

